

Protokollauszug

aus der
41. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversamm-
lung der Landeshauptstadt Potsdam
vom 25.01.2012

öffentlich

Top **Jugend und Wohnen in Potsdam**
10.31 **12/SVV/0017**
 an Gremium überwiesen

Namens der Fraktion DIE LINKE wird die Vorlage **sowie** nachfolgender **Ergänzungsantrag** von der Stadtverordneten Dr. Müller eingebracht:

Der letzte Satz des Beschlusstextes ist wie folgt zu **ergänzen**:

Dabei sollten die dazu bereits erarbeiteten Positionen, z. B. die des Stadtjugendrings, des Archiv e. V., des ASTA und weitere, aufgenommen werden.

Entsprechend den anschließenden Ausführungen der Beigeordneten für Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz Frau Müller-Preinesberger sei die Verwaltung bereits im Sinne dieses Antrages tätig; sie erläutert, dass eine breite Einbeziehung der Einwohner über eine internetorientierte Abfrage zu den Themen Wohnen/Wohnkosten vorgesehen sei, eine repräsentative Befragung von Einwohnern mittels Fragebogen erfolge, um die onlineorientierten vergleichbaren Daten und Erkenntnisse zu ergänzen und dabei die unterschiedlichen Zielgruppen in der Landeshauptstadt Potsdam (wie z. B. junge Leute, Single-, Familien- und Erwachsenenhaushalte) sowie Zielgruppen für alternative Wohnprojekte und Wohngemeinschaften für ältere Menschen beachtet werden.

Im Weiteren informiert die Beigeordnete, dass im I. Quartal 2012 ein so genanntes Befragungs-Design entwickelt werde.

Nach 3 Diskussionsrednern

Antrag zur Geschäftsordnung:

Der Stadtverordnete Schröder beantragt namens der Fraktion CDU/ANW, die **Überweisung** in die Ausschüsse für Gesundheit und Soziales sowie für Stadtentwicklung und Bauen.

Abstimmung:

Die **Überweisung** der DS 12/SVV/0017 **in die Ausschüsse für Gesundheit und Soziales sowie für Stadtentwicklung und Bauen** wird

mit Stimmenmehrheit angenommen,

bei einigen Gegenstimmen.

Gegen den Vorschlag, den **Ausschuss für Gesundheit und Soziales** mit der **Federführung** zu beauftragen, erhebt sich kein Widerspruch.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung in deren Sitzung am 07. März 2012 einen konkreten Vorschlag zu unterbreiten, wie die unmittelbare Einbeziehung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in die Erarbeitung des Wohnungspolitischen Konzeptes

der LHP gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 28.09.2011, DS 11/SVV/0542, erfolgen soll.

Ziel dieser direkten Beteiligung ist die Aufnahme der Anforderungen dieser Bevölkerungsgruppe an die städtische Wohnungspolitik der kommenden Jahre.

Dabei sollten die dazu bereits erarbeiteten Positionen, z. B. die des Stadtjugendrings, des ASTA und weitere, aufgenommen werden.